

Information zu der Verarbeitung
„ASF NOM“ gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung
(DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bundesminister für Inneres
Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
Fax: +43 1 531 26-108613
E-Mail: post@bmi.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon [+43 1 531 26-0](tel:+431531260)
E-Mail: bmi-datenschutzbeauftragter@bmi.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Ermöglichung der internationalen IT unterstützen Fahndung für Zwecke der Sicherheitsverwaltung und der Strafrechtspflege nach Beschuldigten, Verurteilten und geflohenen Straftätern bzw. der Fahndung nach Abgängigen und Vermissten.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§§ 24; 57; 58; 59; 61; 63 Sicherheitspolizeigesetz (SPG), BGBl. 1991/566 idgF iVm §§ 167 ff Strafprozessordnung (StPO), BGBl. 1975/631 idgF iVm Bundesgesetz vom 4. Dezember 1979 über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz - ARHG) BGBl. Nr. 529/1979 idgF iVm Polizeikooperationsgesetz (PolKG), BGBl. I 1997/104 idgF; sowie den Interpol Statuten [I/CONS/GA/1956 (2017)] und den darauf basierenden rules for the processing of data [III/IRPD/GA/2011 (2014)] idgF;

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Gemäß § 58 Abs. 1 SPG sind personenbezogene Daten, die gemäß § 57 Abs. 1 SPG evident gehalten werden, für Zugriffe der Sicherheitsbehörden als Verantwortliche zu sperren,
in den Fällen des § 57 Abs. 1 Z 1 SPG zwei Jahre nach Widerruf des richterlichen Befehles oder der finanzbehördlichen Anordnung; in den Fällen des § 57 Abs. 1 Z 3 SPG nach Widerruf des Vorführbefehles; in den Fällen des § 57 Abs. 1 Z 4 SPG zwei Jahre nach Widerruf des richterlichen Befehles oder der mit gleicher Rechtswirkung ausgestatteten Anordnung; in den Fällen des § 57 Abs. 1 Z 7, 8 und 9 SPG fünf Jahre nach Auffinden des Gesuchten. Nach Ablauf von zwei weiteren Jahren sind die Daten auch physisch zu löschen.

Gemäß § 63 Abs. 1 2. Satz SPG sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald sie für die Erfüllung der Aufgabe, für die sie verwendet worden sind, nicht mehr benötigt werden, es sei denn, für ihre Löschung wäre eine besondere Regelung getroffen worden.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Österreichische Sicherheitsbehörden für Zwecke der Sicherheitsverwaltung und der Strafrechtspflege; Österreichische Passbehörden für Zwecke des Passwesens; Staatsanwaltschaftliche Behörden (in Österreich) für Zwecke der Strafrechtspflege; Gerichte (in Österreich) für Zwecke der Strafrechtspflege; Österreichische Behörden und Gerichte für Zwecke des Asyl- und Fremdenwesens; ausländische Sicherheitsbehörden und Sicherheitsorganisationen im Rahmen der internationalen Polizeikooperation; Sonstige österreichische Behörden, wenn eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung zum Empfang der Daten besteht bspw. Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz; Sicherheitsbehörden von Drittstaaten für Zwecke der Sicherheits- oder Kriminalpolizei (unter den Voraussetzungen der §§ 58 und 59 DSG) und des Passwesens, der Fremdenpolizei und der Grenzkontrolle nach den Bestimmungen des Kapitels V der DSGVO; Interpol - Generalsekretariat der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation für Zwecke der Sicherheits- oder Kriminalpolizei (unter den Voraussetzungen der §§ 58 und 59 DSG) und des Passwesens, der Fremdenpolizei und der Grenzkontrolle nach den Bestimmungen des Kapitels V der DSGVO; Andere Organisationen, die der Bundesminister für Inneres mit Verordnung gemäß § 13 Polizeikooperationsgesetz zu Sicherheitsorganisationen erklärt hat, für Zwecke der Sicherheits- oder Kriminalpolizei (unter den Voraussetzungen der §§ 58 und 59 DSG) und des Passwesens, der Fremdenpolizei und der Grenzkontrolle nach den Bestimmungen des Kapitels V der DSGVO; Auftragsverarbeiter iSd § 36 Abs. 2 Z 9 Datenschutzgesetz: Bundesminister für Inneres, Zentrale Clearingstelle der Landespolizeidirektion Wien; IBM Österreich Internationale Büro- und Maschinen Gesellschaft m.b.H., Microsoft Österreich GmbH.

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 32 Abs. 1 Z 4 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des § 44 Datenschutzgesetz.

Das Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung besteht nach Maßgabe des § 45 Datenschutzgesetz.